



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Susann Biedefeld, Klaus Adelt, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Ruth Müller SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb
von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 12 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 12) wird in der TG 74 (Errichtung und Betrieb von Umweltstationen; sonstige Umweltbildungsmaßnahmen) der Ansatz für das Jahr 2018 von 3.437,4 Tsd. Euro um 1.062,6 Tsd. Euro auf 4.500,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Die Zahl der Umweltstationen hat in den letzten Jahren in Bayern stetig zugenommen, so dass es inzwischen 53 solcher Einrichtungen im Freistaat gibt. Die Bedeutung der Umweltbildungszentren ist mit den modernen Herausforderungen des Klimawandels und der erneuerbaren Energien für die Vermittlung von Umweltwissen an die breite Bevölkerung nicht zu unterschätzen. Umwelt- und naturschutzpolitische

Themen erhalten mit Hilfe des vielfältigen Bildungsangebots in den Stationen eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. In den letzten Jahren werden aber seitens der Betreiber und des Personals der Stationen Forderungen laut, die finanziellen Mittel zu erhöhen, um die Qualität und die Quantität der Bildungsangebote auch in Zukunft zu sichern.

Bislang sind in der TG 74 Mittel i. H. v. 3.437,4 Tsd. Euro für Umweltstationen in Bayern veranschlagt. Das sind 200 Tsd. Euro weniger als im Haushaltsjahr 2017. Eingespart wird diese Summe bei den Zuschüssen für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen. Gerade hier sind aber zusätzliche Mittel erforderlich, um weitere Umweltstationen, welche bereits die Anerkennung beantragt haben, zu fördern. Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat selbst darauf hingewiesen, dass bei Erhöhung der Anzahl anerkannter Umweltstationen eine Mittelanhebung erforderlich sei.

Auch sind zusätzliche Mittel erforderlich, um eine gesicherte Finanz- und Personalplanung der Stationen zu ermöglichen, die es erlaubt, mehrjährige Projekte mit längerfristigen Arbeitsverträgen für die Mitarbeiter einzugehen.

Eine Erhöhung der Fördermittel um 1.062,6 Tsd. Euro pro Jahr würde einen besseren Handlungsspielraum bei Personalausstattung und Programmen der derzeit 53 geförderten Umweltstationen und für die Existenzsicherung neuer anerkannter Umweltstationen bedeuten. Gerade bei den Themen Klimaschutz, Ressourcenschonung, biologische Artenvielfalt und nachhaltiger Konsum sind Bildungsoffensiven dringend erforderlich.